

Dienst an der Demokratie

50 Jahre nach der Studie »Grenzen des Wachstums«

geschrieben von Günther Bachmann

Das Jahr 2022 ist das Jahr der 50: Vor einem halben Jahrhundert begann der moderne Umweltschutz und das, was wir heute nachhaltige Entwicklung nennen. 1972 nahmen die Vereinten Nationen erstmals das Thema Umweltzerstörung auf die Agenda. Westdeutschland brachte ein erstes Umweltprogramm auf den Weg, Ostdeutschland ein Umweltministerium. Hunderte Bürgerproteste schlossen sich zum Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zusammen. Und im März 1972 erscheint das Buch zur Epoche: »die« Fundamentalkritik am Wirtschaftswachstum, die Studie im Auftrag des Club of Rome »Grenzen des Wachstums«. Sie ist Weckruf, wissenschaftliche Exzellenz und Glaubensfrage zugleich, aber darüber hinaus ist sie vor allem eines ganz sicher, nämlich ein Dienst an der Demokratie und an der Kultur. Sie entreißt den Lauf der Wirtschaft dem Mantra eines unantastbaren Sachzwangs. Sie befähigt Wachstum und Wirtschaft zum Diskurs. Wer nach Grenzen des Wachstums fragt, stellt die Machtfrage, weil Wachstum zum Gegenstand von politischer und kultureller Gestaltung wird. Das ist heute dringlicher denn je nötig.

Bis heute findet diese Studie im Wesentlichen in zwei diametralen Lagern Aufmerksamkeit. Die einen widerlegen die Annahmen zur Knappheit von Ressourcen, um leicht triumphierend zu folgern, dass der Planet Erde überhaupt keine Grenzen habe. Die anderen sehen sich bestätigt und verweisen auf längst noch enger werdende Grenzen durch globale Erwärmung, Schwund an Biodiversität und Überkonsum. Das dritte Lager bilden diejenigen, die sich für die Sache nicht groß interessieren, solange sie etwas vom Wachstum abbekommen. Nach und nach traten zwar ergänzende Ideen, Konzepte und Berechnungsmethoden hinzu, aber das hat die Lager nicht verändert: Spott, Hohn, Ideologievorwürfe begegnen Nachdenklichkeit und der Suche nach Alternativen. Ein Grund mag sein, diese Vermutung sei hier angestellt, dass der Streit viel tiefer geht als »nur« um die eine oder andere Grenze. Der Titel der Studie – und nicht die Zahlen und Berechnungen – macht die kulturelle Wirkungskraft der Studie aus. Die Tatsache wiegt schwer, gerade weil die gesamte Tragweite der kulturellen Dimension von Nachhaltigkeitspolitik noch nicht erschlossen ist. Und das schreibe ich nicht nur, weil dieser Aufsatz in einer kulturpolitischen Zeitung erscheint.

Die Meadows-Frage

Dennis L. Meadows, einer der Hauptautoren der Studie, fragte mich vor ein paar Jahren nicht nach Zahlen, sondern nach Ethik: Warum ich noch an Nachhaltigkeit glaubte, wo doch die energieintensiven Gesellschaften seine vor 50 Jahren aufgezeigten Optionen der Grenzen des Wachstums ignoriert hätten. Das Ergrünen des Wachstums sei daher jetzt keine Option mehr, es gehe um die Rückführung auf ein Niveau, das der Planet verkraften könne. Meadows hatte sich selbst in mein Büro eingeladen, für mich eine völlig überraschende Ehre. Er hatte nur diese eine Frage – die er offenbar einer ganzen Reihe von Menschen stellte: Warum machte ich, was ich machte – an die Verantwortung in Politik und Wirtschaft zu appellieren, als damaliger Generalsekretär des Rates für Nachhaltigkeit – und woher nähme ich den Glauben, dass die Gesellschaft bereit wäre, die Fantasiewelt ewigen Wachstums zu verlassen? Ich meinte herauszuhören, dass er selbst diesen Glauben verloren habe. Jedenfalls haben ihn meine Stichworte – Ressourcenproduktivität, Entkoppeln von Ressourcenverbrauch und Wirtschaft, Energiewende, breiter werdende Zustimmung zur Nachhaltigkeit, Pioniere in Wirtschaft und Gesellschaft, politische Nachhaltigkeitsstrategien, Investitionen in die Wissenschaft – wenig beeindruckt.

Erst langsam, und jedenfalls viel später, dämmerte mir, dass seine Frage um das Selbstbild einer Generation kreiste, der Generation Greta der 1970er Jahre. Egal, ob auf der Kommandoebene von Behörden und Unternehmen oder im Maschinenraum, in der Wissenschaft oder in der Öffentlichkeit – damals brach eine Generation auf. Sie hat gemahnt und gewarnt, und war erfolgreich: etwa in den ersten Schritten zur Kreislaufwirtschaft; sie hat das Ozonloch wieder geschlossen; Nationalparks

gegen alle Widerstände aufgebaut; sie hat das Abschachten der Wale und Berggorillas gestoppt; sie hat Umweltschutz in Gesetze gefasst, Institutionen gegründet, Methoden entwickelt und Technologien erfunden. Aber heute – und das ist entscheidender als alle Erfolge – sieht sie sich mit leeren Händen dastehen: Die Natur degeneriert weiter, Arten sterben aus und die Atmosphäre erwärmt sich schneller als je zuvor. Diese Generation erlebt sich selbst als die letzte, die von dem Wachstum nach dem Zweiten Weltkrieg profitiert und es zugleich fundamental kritisiert hat, ohne damit nach eigenen Ansprüchen wirksam genug zu sein. Das kratzt am Selbstwertgefühl und frustriert so manche. Es kränkt, wenn das Lebenswerk infrage steht. Auch deshalb findet der frische Wind aus der jungen Klima-Generation so bereitwillig Unterstützung.

Illusionäres Spielzeug

Aber auch wer ein entgrenztes Wachstum befürwortet, spürt durch die Studie eine Kränkung.

»Wachstum« war für die Gesellschaft der frühen 1970er Jahre »die« Grunderfahrung seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Bundesrepublik steigerte das Wirtschaftswachstum wie China heute. Wachstum war Gewohnheit und wurde so zum selbstverständlichen Besitzstand, quer durch alle Einkommensgruppen.

Die »Grenzen des Wachstums« überraschten mit einem harten Einspruch und luden diesen zudem mit allen Insignien höherer Bedeutung auf. Der Club of Rome galt damals als Hort höherer, gediegener Einsichten. Das Massachusetts Institut für Technologie (MIT) war das Mekka des Fortschritts. Mit Computern komplexe Rechnungen anzustellen war so, als würde man heute mit Elektroantrieben zum Mond fliegen. Mehr Dominanz der kulturellen Signale war kaum möglich. Den Volkswirtschaften wurde ihr liebstes Spielzeug weggenommen. Das kränkt auch heute noch alle, deren Karrieren, Lebensläufe oder deren praktisches (Über-)Leben vom Mythos Wachstum profitieren. Die wenigen verdanken ihm ihre Fantastilliarden und die vielen freuen sich über stetig wachsende Wohnfläche, Fernurlaube oder über den Luxus von ungetragenen Kleidungsstücken, die sie in den Schränken anhäufen – es sind Milliarden. Allen voran geht die Bundesregierung, wenn sie die Menge an elektrischer Energie fast endlos anwachsen lassen will. Sie bettet die Wachstumsmagie in ihre regierungsamtliche Transformation ein.

Diese Magie ist indessen hohl. Die Kalkulation von allem, was wir für »bare Münze« halten – Preise, Profite, Kredite, Zinsen, »Werte« – beruht letztlich auf Ignoranz. Weggelassen werden z. B. ökologische Kosten, die bei der Abholzung oder der Wasserverschmutzung entstehen. Soziale Kosten können durch menschenrechtliche Übergriffe, Unter- und Fehlernährung, Bildungsmangel oder durch die Nichtbeachtung von Eigentumsrechten ins Gewicht fallen. Die ökonomischen Bilanzen entsorgen all dies gekonnt als »externe Effekte«. Diese Kosten findet man in keinem Kaufvertrag und in keiner Lebensversicherung. An der Kasse im Supermarkt hängen sie nicht aus. Einmal ganz abgesehen von Ausgaben für z. B. Rüstung oder Krankheiten, die Wachstum nur dem Anschein nach antreiben. Dieses Weglassen ist wie ein kultureller Klebstoff, es ähnelt der dunklen Materie, die das Universum zusammenhält. Das Weglassen externer Kosten hält die Illusion vom Wachstum zusammen. Würde man sie dagegen ehrlich bilanzieren und einbeziehen, würde die »Börse vor Acht« völlig anders aussehen. Mit anderen Worten: Wir wachsen uns arm. Von allen Wachstumsgrenzen ist das die bedrohlichste. Seit 50 Jahren ist das rituelle Widerlegen der Berechnungen der »Grenzen des Wachstums« ungebrochen. Das ist aber maximal uninteressant. Denn unendlich ist nichts und Grenzen sind real. Um das Prinzip zu erkennen, braucht man keine höhere Mathematik.

Die »Grenzen des Wachstums« erschüttern vor 50 Jahren das gesellschaftliche Selbstverständnis. Seit Kopernikus und Darwin kennen wir die Folgen. Gesellschaften nehmen solche Wahrheiten zunächst übel und geben sich gekränkt, bevor sie sich daran gewöhnen. Man könnte einfach auf Zeit setzen. Aber ob so viel Zeit vorhanden ist, ist mehr als fraglich. 1972 waren wir im Holozän – jetzt gelten schon die Regeln des Anthropozäns. Antworten müssen anders ausfallen als bisher. Für Alternativen bestehen eigentlich gute Voraussetzungen. Ja, es besteht nach 50 Jahren Anlass zum pessimistischen Frust. Aber, nein, weiter hilft der allein nicht. Das täte eine neue Erinnerungskultur zur nachhaltigen Entwicklung, die sich der langen Strecke versicherte, die hinter uns liegt, und

gleichermaßen die kurzen Zukunftsetappen ins Auge nimmt, in denen Transformation gelingen muss und kann.

Dieser Text ist zuerst erschienen in Politik & Kultur [04/2022](#).